

Vermieter pocht auf Vertrag

03.11.2011 - BAD SCHWALBACH

Von Hannelore Wiedemann

KATASTERAMT Widerspruch gegen Kündigung durch die Stadt

Die Eigentümer des früheren Katasteramts haben der durch die Stadt ausgesprochenen Kündigung des Mietvertrags widersprochen. In dem Brief eines Frankfurter Rechtsanwaltes heißt es, die Kündigung sei nicht gerechtfertigt. Die Eigentümer gehen deshalb davon aus, dass die Stadt auch weiterhin die vereinbarte Miete zahlt.

Der Mietvertrag zwischen der Eigentümergemeinschaft Stürmer und van Mastrigt über zwei Etagen in dem Gebäude am Schmidtberg 19 war am 15. März abgeschlossen worden. Die Stadt hatte sich darin ein Kündigungsrecht ausbedungen, falls bis zum 30. September kein adäquater Betreiber für die geplante Kindertagesstätte mit 40 Betreuungsplätzen gefunden worden sei.

Der ASB hatte in einem Interessenbekundungsverfahren ein entsprechendes Angebot vorgelegt. Um allerdings die geforderten 40 Plätze zu realisieren, hätte die Stadt zusätzlich noch das Untergeschoss anmieten müssen. Daraufhin hatte die Koalition aus CDU, BSB und SWA beschlossen, den Vertrag zu kündigen. Die Entscheidung war in einer nicht-öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung gefasst worden.

Die Begründung für die Kündigung halten die Vermieter allerdings nicht für stichhaltig: „Es ist ein adäquater Betreiber gefunden worden“, stellt der Anwalt fest; auf die Frage, ob dort 30 oder 40 Plätze eingerichtet werden könnten, komme es nicht an. Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass die von der Stadt anstatt dessen vorgesehene Lösung ebenfalls nur 30 Plätze vorsehe.

Das sieht der Magistrat allerdings anders: Die Kündigung sei wasserdicht und juristisch geprüft, so Bürgermeister Martin Hußmann. Die von der Stadt vorgetragene Argumentation hält er für schlüssig, die Gründe für stichhaltig. In dem Brief des Anwalts sieht er den Versuch, „etwas zu konstruieren“.

Auch der ASB will die Absage von der Stadt nicht kommentarlos hinnehmen. In einem Brief an die Stadt hat Geschäftsführer Arno Brandscheid angekündigt, der ASB lasse prüfen, ob die Stadt haftbar gemacht werden könne; immerhin stecke in den Unterlagen viel Arbeit. „Wir fühlen uns auf den Arm genommen“, die Stadt habe eine Kehrtwende vollzogen und begründe die mit „fadenscheinigen Argumenten“.

Der ASB habe etwas angeboten, was die Stadt nicht wollte, entgegnet Hußmann, „daraus können die jetzt nichts ableiten“. Zudem reichten 30 zusätzliche Plätze für die U3-Betreuung völlig aus.